

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Gendemann, für den Anzeigenenteil: Fritz Schönsch. - Redaktions-Adresse: Merseburg, Markt 17, Fernsprecher Nr. 5407. Erscheinungsort: Merseburg, Markt 17, Fernsprecher Nr. 5407. Druck und Vertrieb: Druck- und Verlagsanstalt der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 21. Bezugspreis: Monatlich 1,25 Mark. Einzelne Nummern 10 Pf. - Abnahme nach Vereinbarung. - Die Zeitungsbestellung ist durch den Postboten zu bestellen. - Fernsprecher Nr. 5407. - Zeitungspostamt Nr. 411.

Nr. 63.

Halle, Donnerstag, den 20. März 1919.

3. Jahrgang.

## Falsche Musik.

Die Arbeiterratswohnen sind vorüber und heute nachmittag tritt der neugewählte Arbeiterrat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Arbeiterrat hat ein wesentlich anderes Gesicht als der verbliebene und gespannt wird man auf sein Arbeiten sein können. Die „Bürgerlichen“, wenn wir den Ausdruck hier schon einmal gebrauchen wollen, stehen in erheblicher Stärke in das neue Arbeiterparlament ein. Es ist sicher lohnend, einmal zu untersuchen, unter welchen Umständen es gelang, eine 35 Mann starke „bürgerliche“ Fraktion in den Arbeiterrat zu wählen.

Zum Grunde genommen sollte und wurde die Wahl nach

### parteilichem Gesichtspunkte

vorgenommen; wir traten als Partei auf, die Unabhängigen ebenfalls und nur die „Bürgerlichen“ traten nicht etwa als Demokraten oder „sozialdemokratische“ oder sonstwie auf den Plan, sondern stellten sich hinter die einzelnen wirtschaftlichen Interessengruppen und brachten auf diesem Wege ihre Vertreter in den Arbeiterrat. Die Vertretung der „Bürgerlichen“ hat sich nach der Wahl auch nicht in einzelne Fraktionen geteilt, sondern will auch in Zukunft als eine Fraktion, als sogenannte „freie Vereinigung“ auftreten. Danach könnte man nun annehmen, daß diese Herren sich im Arbeiterrat nicht als „Parteiorganisation“, sondern als „wirtschaftliche Vertretung“ fühlen wollen. Die Konsequenz wollen wir gelten lassen, müssen aber feststellen, daß diese Konsequenz bei der Aufstellung der Kandidatenliste nicht gewahrt worden ist. Denn, wenn man nur „wirtschaftlich“ sein wollte, dürfte man keineswegs nach der politischen Überzeugung der aufzustellenden Kandidaten fragen, sondern nur danach, welche wirtschaftlichen Gruppen sie vertreten. Es mußte darum, in dem Gedankengang fortzuführen, auch möglich sein, daß Sozialisten auf dieser „wirtschaftlichen“ Liste stehen konnten. Das hat man aber von vornherein abgelehnt, trotzdem in den dem

### Beamtenausschuß

angehörenden Organisationen sich zahlreiche Sozialdemokraten befinden.

Der Beamtenausschuß Halle, eine Ortsgruppe des deutschen Beamtenbundes, soll eine vollständig neue wirtschaftliche Organisation sein, der sich in keiner Weise einseitig mit Politik befassen will.

Der Beamtenausschuß ist bei der Arbeiterratswahl als treibende Kraft aufgetreten. Die demokratische Partei hat sich hinter ihn gestellt und hat ihn als Sturmbock gebraucht und der Beamtenausschuß hat sich trotz seiner

### festgelegten parteipolitischen Neutralität

als Sturmbock für eine Partei gebrauchen lassen. Angeblich weil die Demokraten wegen der Pluralität der Wahl überrascht wurden und ihnen die schlagfertige Organisation und die erforderlichen Geldmittel fehlten, haben sie die schlagfertige Organisation und die Finanzmittel des Beamtenausschusses in Anspruch genommen, um Demokraten in den Arbeiterrat zu wählen. Während man aber nach dem ganz „neutral“ verhielt und keinen Sozialdemokraten auf die Liste ließ, ist man unter dem Einfluß der Demokraten nach rechts viel toleranter geworden und hat eine ganze Anzahl reaktionärer Elemente auf die „wirtschaftliche“ Liste gestellt und gewählt. Schlimmer als dies hier geschehen, kann eine parteipolitisch neutrale Organisation nicht einseitig mißbraucht werden und sich nicht mißbrauchen lassen. In allen anderen größeren Städten sind auch die „Bürgerlichen“ nach Parteien gruppiert, und wo sie zusammenhängen, zumeist unter einer politischen Parteibeziehung, zur Arbeiterratswahl angetreten. Hier ist man diplomatischer vorgegangen, hat sich hinter die Wirtschaftlichen und vor allen die Beamtenorganisationen gestellt, um alle die Beamten, die politisch sozialdemokratisch orientiert sind und ihren wirtschaftlichen Organisationen angehören,

irre zu führen.

Es handelte sich hierbei um glatten Stimmenfang, um die Gewinnung von Stimmen solcher, die im Zweifel waren, ob sie ihrer politischen oder ihrer wirtschaftlichen Organisation folgen sollten. Die Zeit bis zur Wahl war zu kurz,

um darüber genügend Aufklärung zu schaffen und darum stimmten viele Beamte für die „wirtschaftliche“ Liste und somit für die politischen bürgerlichen Parteien. Auch sonst ist bei dieser „wirtschaftlichen“ Mißbrauch getrieben worden, und zwar insofern, daß andere Organisationen auf dem im letzten Augenblick herausgenommenen Flugblatt der „Bürgerlichen“ mitunterzeichnet waren, ohne daß die betreffenden Organisationen überhaupt etwas davon wußten. Bei dem Verband weiblicher kaufmännischer Angestellter z. B. können wir das einwandfrei bezeugen. Die Beamten werden mit ihrem hiesigen Beamtenausschuß, der sich scheinbar mit Gaur und Haaren den Demokraten verschrieben hat und sich kritiklos

### vor dem demokratischen Parteiwagen spannen

läßt, ein ernstes Wort reden müssen und ihn scharf auf seine naturgemäß festgelegte Verpflichtung, eine reine wirtschaftliche parteipolitisch neutrale Organisation zu sein, aufmerksam machen und von ihm strikte Durchführung der Neutralität verlangen. Einzelne Beamtengruppen haben schon Protest gegen das Verhalten des Beamtenausschusses eingelegt, und wie wir bestimmt wissen, wird von einzelnen Beamtenorganisationen, die dem Beamtenausschuß angehören,

### die Beitragsperrung beschlossen

werden, wenn der Beamtenausschuß und fernerst keine parteipolitische Neutralität nicht absetzt und sich von einer Partei mißbrauchen läßt. Wenn auf diese Weise ein Teil in die wirtschaftliche Organisation der Beamten getrieben wird, so fällt die Schuld allein auf die, die ihre Pflicht verletzten. Hier wäre schließlich auch noch ein Wort zu dem

### Beamtenstreik

nachzutragen. Wir haben den Unabhängigen vorgebracht, daß sie die Arbeiter, ohne sie vorher zu befragen und in einem gewissen Umfang aus den Betrieben herausgeholt haben, das gleiche trifft auch auf den Beamtenausschuß zu, der die gleichen Mittel anwandte und die Beamtenschaft ebenfalls vom Mitbestimmungsrecht ausschloß, vor vollendete Tatsachen stellte und durch den gleichen Druck die Arbeitseinstellung erreichte.

Immer und überall ist von gewissen Kreisen geschrien worden, um die Beamten von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Schon bald nach der Novemberumwälzung wurde versucht, die revolutionäre Regierung auf die bisherigen Rechte der Beamten festzuhalten. Die Erklärung Oberst, daß in dieser Hinsicht alles beim alten bleiben sollte, genügt nicht. Man wollte ausdrückliche Garantien haben.

Was hätte eine solche Garantie der revolutionären Regierung den Beteiligten genutzt? Gar nichts! Denn, es stand wohl fest, daß diese Regierung nach kurzer Zeit abtreten würde, es ließ sich aber nicht voranschlagen, welche politische Konstellationen die Wahlen zur Nationalversammlung ergeben würden, und ob die kommende Regierung den Garantien beitreten würde. Die Entscheidung über das Schicksal der Beamten des deutschen Reiches mußte deshalb der Nationalversammlung und der ersten gesetzmäßigen republikanischen Regierung vorbehalten bleiben.

Dieses Fehlen einer Garantierklärung ist im **Wahlkampf naturgemäß von den bürgerlichen Parteien** gegen die Regierungspartei (Republikanische Sozialisten) mißlich ausgeprochen worden.

### Durch Bedrohung des Stimmens

in angeleglichen Äußerungen sozialdemokratischer Minister suchte man die Gefährdung der Beamtenrechte nachzuweisen. In einer Anzahl riesiger Zeitungsinserate und Flugblätter führte man diese Tugenden den Beamten vor Augen und wollte sie hierdurch gegen die Sozialdemokratie setzen. Ja, durch widersinnige Auslegung der Forderung des Erfurter Programms, „Wahl der Behörden durch das Volk“, entlockte man sich nicht, den Beamten klarzumachen, daß sie im Falle eines Stimmens der Sozialdemokratie samt und sonders ihre Stellen verlieren würden, soweit sie nicht sozialistisch seien. Glücklicherweise hat es unter den Beamten noch genügend besonnene Köpfe gegeben, die

diesem elenden verderblichen Wirken mit sichtbarem Erfolg entgegengetreten sind.

Inzwischen hat die Regierung unter dem

### Einfluß der Wehrheitssozialisten

ein Arbeitsprogramm verfaßt, das unter Punkt 10 für die Beamten besagt: „Den Beamten sind die staatsbürgerlichen und beruflichen Rechte einschließlich des Koalitionsrechtes zu sichern. Eine angemessene Neuordnung der Besoldungs- und Pensionsverhältnisse ist durchzuführen. Schaffung eines freibehaltenden Beamten- und Disziplinarrechts.“ Und weiter heißt es unter 1: „Beteiligung aller Bevoorzugungen bei Beförderung von Beamtenstellen.“

Dieses Programm, auf das sich die Regierung stützt, ist beschlossen worden. Es ist erklärlich, daß hierbei die sozialdemokratische Fraktion als die größte einen entscheidenden Einfluß ausgeübt hat. So wird also durch diese Sache nicht nur die Stellung der Regierung, sondern auch insbesondere die der

Wehrheitssozialisten gegenüber der Beamtenschaft präzisiert, und alle die gegenteiligen Nachschaffungen werden es auf die Dauer nicht zuwege bringen, daß die Beamten doch als ihre wirksame, entscheidende und vorteilhafteste Interessengruppe die Sozialdemokratie erkennen werden, die immer für die Beamtenschaft gearbeitet hat, während die bürgerlichen Parteien in dieser Beziehung eine recht zweifelhafte Vergangenheit haben.

## Die Giftmüde.

### „Ein schamloses Verleumdungsblatt“.

In überarber Lebenswürdigkeit nannte uns vor einigen Zeit das Volksblatt „Ein schamloses Verleumdungsblatt“. Wir brauchen im allgemeinen nicht gern solche „Krautworte“. Können aber nicht umhin, heute diese lebenswürdige Bezeichnung auf das Volksblatt anzuwenden. Das Volksblatt schreibt in einem Artikel seiner letzten Nummer — Die von den Delinquenten herausgegebenen Verleumdungen.

Wir haben schon in wiederholten Fällen und einwandfrei an Hand von Beweismaterial festgestellt, daß wir mit dem Verleumdungen im allgemeinen nichts zu tun haben und auch Genuß Tische hat in einer Aufschrift die Aufschuldung selbst verurteilt. Das Volksblatt hat diese ganze Sache trotz ihres vorherigen Anstands selbst zu schweigen, um jetzt, da ihres etwas zur Ruhe gekommen, noch einmal die gleiche gemeine Verleumdung auszusprechen. Für solches Gebahren ist eigentlich jedes Wort zu schwach, Tatsächlichkeiten und Wahrheit sind für das Volksblatt unbekannte Dinge, es geht einzig und von dem Grund aus: Nur keine **Wahrheit** verurteilen, es bleibt doch etwas hängen. Wir glauben, daß bald die Zeit kommen wird, wo die Arbeiterschaft bemerkt, wie „hoch“ man sie von jener Seite einhäut, daß man ihnen immer und immer wieder solche Gemeinheiten vorzusetzen magt.

## Unabhängige Konfessionsräte.

Unser Gemüther Bruderger, die dortige Volksstimme, schreibt unter obiger Überschrift:

... Die Kommunisten können durch ihre von einer grenzenlosen Verbundenheit zeugenden Laif die Stohkraft des Proletariats. In ihren Flugblättern bejagen sie die Geschäfte der Reaktion. Wer kommunistisch wagt, hilft mit, die Verschlechterung der Arbeiterschaft zu fördern und ihre Erfolge in Frage zu stellen.

Diese Sache enthält ein heute früh verbreitetes unabhängiges Flugblatt. Damit dokumentieren die I. S. R. Leute erneut, daß sie überhaupt nicht mehr wissen, was sie wollen. Sie sind nichts anderes als die Schrittmacher der Kommunisten, denen sie den Weg bereiten und deren verrückte Handlungen sie überall verbreiten. Schade, daß uns der Raum fehlt, sonst würden wir einige unabhängige Neben aus der fälschlichen Volksstammer hierher stellen und damit den Beweis führen, daß all das, was die Unabhängigen in ihrem Flugblatt den Kommunisten vorwerfen, von ihnen getrennt selbst befohrt wird. Die Unabhängigen schmäh die Volksstimme, weil sie gegen all wahnwitziges Streikreiben Stellung genommen hat, weil sie keine Streiks blüht, die mit der materiellen Verbesserung der Lage der Arbeiter nichts zu tun haben. Die Unabhängigen schmäh aber auch die Kommunisten.

von denen sie sagen, daß sie durch solche patriotische Bewegungen die Strohstrik der Proletariats lähmen.

Die unabhängigen Volksvertreter vertrieben das parlamentarische Treiben in Leipzig. Die Chemischen Unabhängigen in Halle blühen es, das heißt nicht direkt, sie beugen sich damit, ihren kommunikativen Freunden von solchen Dummheiten abzuwenden.

Das sagt nun die unabhängige Chemische Zeitung zu dem 400-Mark-Wortrecht in Leipzig? Die Kommunisten freieren, es sei nicht wahr, die Unabhängigen schweigen nicht darüber ganz aus. Unablässig nachgelesen ist aber, daß unter Führung des Unabhängigen Generals in Leipzig 400 000 M. vom dortigen Oberbürgermeister erachtet worden sind.

Von diesen 400 000 M. haben zwei Unabhängige 100 000 M. bekommen mit dem Auftrag, davon Unterstützung auszusuchen. Was taten diese Ehrenmänner? Sie vertrieben einen großen Teil dieses Geldes in Leipziger Antiquarierläden und ließen die auf Unterstützung Wartenden ruhig weiter hangen.

Kein Wort davon in dem unabhängigen Flugblatt. Doch das darf man auch nicht von ihnen erwarten; denn sie können sich doch nicht gegen ihre eigenen Leute und gegen diejenigen wenden, die aus ihrem Vagabund in die kommunikativen Arme gedrungen sind.

Daraus kann man wieder einmal sehen, daß die Unabhängigen sich von den Kommunisten nur bedingt unterscheiden, daß sie zwar einen anderen Habitus, aber dieselbe Nummer stimmen. Die Unabhängigen sind genau wie die Kommunisten, die sich umfassen Feinde der Arbeiterklasse und damit der revolutionären Errungenschaften. Wer die Revolution führen will, der stützt und führt die alte sozialdemokratische Partei.

### Beendigung der Arbeiten des preussischen Verfassungsausschusses.

Der Verfassungsausschuss der Preussischen Landesversammlung zur Vorbereitung der vorläufigen Verfassung trat am Dienstag unter dem Vorsitz der Abgeordneten Dr. Forst und Graf zusammen und erledigte die den Entwurf. Die grundlegenden Bestimmungen der Regierungsvorlage wurden durchweg aufrechterhalten. So wurde gegen die Angriffe der Rechten das Wort „Republik“ im grundlegenden § 1 der Verfassung aufrecht erhalten und in § 3 die Ernennung des Ministers sich von den Präsidenten der Landesversammlung zugewiesen. Der Gedanke der Einsetzung eines besonderen Staatspräsidenten fand nur noch geringe Vertretung, aber auch der Antrag der Demokraten, den Ministerpräsidenten durch die Landesversammlung selbst zu wählen, fand keine Mehrheit. Zentrum, Sozialdemokraten und Unabhängige beschloßen die Ministerernennung durch den Präsidenten der Landesversammlung. Die Kommission erweiterte ferner den Verfassungsentwurf durch eine Anzahl von Bestimmungen über Notverordnungsrecht, Beurlaubungsrecht und Nachprüfung der seit der Revolution erlassenen Verordnungen. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, welche die preussische Regierung ersucht, durch die Reichsregierung auf die Nationalversammlung in Weimar einzuwirken, daß sie für die Mitglieder der Nationalversammlung und des künftigen Reichstags in Aussicht genommenen Immunitätsbestimmungen auch auf die Mitglieder der jetzt bestehenden Verfassungskommissionen ausdehnt. Geschrieben wurde u. a. das Recht der Mentoren, den Antrag zu verlegen. Zum Berichterstatter für das Memum wurde Abgeordneter Dr. Seibler (Dem.) bestellt.

Der Verfassungsausschuss der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, in den Verfassungsentwurf nachstehenden Zusatz einzufügen:

„Mit Antrag von mindestens einem Fünftel der Abgeordneten und Untersuchungsausschüsse aus der Mitte der Landesversammlung einzuweisen, in denen die Parteien vertreten sein müssen, denen die Antragsteller angehören. Sämtliche Staatsbehörden sind verpflichtet, den Ausschüssen Auskunft zu geben.“

### Die Angliederung Deutsch-Serbens.

Der Pariser Korrespondent von Stockholm telegraphiert, man werde Deutsch-Serbien große wirtschaftliche, militärische und politische Vorteile bringen, wenn es als neutrale, sandig alsbald Deutschlands verbliche. Man nehme in Frankreich nicht an, daß Serbien auf diese Vorteile verzichten werde.

Ob Deutsch-Serbien auf diese Bedingungen der Entente hören wird, steht dahin.

### Die „Zettmenge“.

Nach Angaben des Reichsernährungsministers sollen aus der ausländischen Lebensmittelaufnahme pro Kopf drei Pfund Schmalz und Fett angesetzt werden.

### „Koste und keine Ersieher.“

Unter dieser Epithete gliedert die unabhängige Presse, die Volkszeitung natürlich, übernehmend und erweitert, die Forderung des Kostes, der dem Hauptmann Bahl, einem dieser Schwabinger, zur höchsten telegraphisch gratulieren. Zu Freiheit! Gottfeste!

Der Schwabinger verlor das Telegramm und triumphierte: „Er lernt ja schon Manieren! Na, haben wir ihn nicht gut erlogen?“

Was man nicht wissen Koste und keine „Stühen“ einander noch überhört zu können.

Die dem Reichsminister unterstellene Forderung ist selbstverständlich nicht zu erlangen und wieder ein Beweis, wie „guten“ Verhältnis das Volkstakt zur Wahrheit und Ehrlichkeit steht.

### Offiziersklub eines Unabhängigen.

Der Dübenerklub Unabhängigen D. u. B., der gestern in der Landesversammlung seine beneidenswerte Rolle spielte, jagte in seiner Rede, die Offiziere übten stets Offiziere, sie würden nie eine öffentliche Republik anerkennen. Herr Dübener kann auch anders. Nach seiner missverständlichen Erklärung ist er schon zum Kommandeur des aus dem Felde zurückkehrenden Infanterie-Regiments Nr. 90 befördert, damit beim Einzug des Regiments keine Unruhmomente vorkämen, weil er sich bei dem Stabsoffizier mit den Worten: „Gottan der Herr Major, daß ich mich vorstelle; ich bin auch aus einer Offiziersfamilie.“ Der mehrheitsfähige

stische Abgeordnete Spiegel, der ihn im Auftrage des A. und E. Rates beauftragte, verlor vor Staunen über diesen revolutionären Schritt, und Fräulein Leininger die Sprache. Ein Kind, das zu Stuhl sie behauptet hat. Seine Junge wird, damit es, nie verlegen!

### Der Schiffhund.

In der freiconservativen Bund unterliegt die Herr Göttinger von Berg die Frage: Was ist Schiffhund? Und er kommt zu dem Ergebnis:

„Im Grunde eine Einbeinigkeit, deren früher schon längst Millionen sind, z. B. Centa, Kadel und Sparatius.“

Der „Millionär Spartacus“ ist über eine der interesselosen Persönlichkeiten der Gegenwart. Sein Reichthum soll nur noch den seines Schwagers, des Herrn Wamba, und durch den Ideenreichtum des Herrn Göttinger von Berg übertroffen werden.

### Das Schiffahrtsabkommen und die deutschen Seeleute.

Bei den Verhandlungen über das Schiffahrtsabkommen hat die Frage der Beschäftigung der deutschen Seeleute auf den abgelaufenen Schiffen eine rechtliche Klage gestellt. Die Vertreter der Entente haben ursprünglich den Standpunkt vertreten, daß man die gesamte Mannschaft dieser Schiffe in den nächst zu erreichenden Ententehäfen abzurufen sollte. Dem haben die deutschen Vertreter entschieden widersprochen. Die Entente hat sich dann auf den Standpunkt gestellt, daß man die deutschen Seeleute auf den Schiffen belassen sollte, mit Ausnahme der Schiffe, die darauf angewiesen sind, in England oder Frankreich zu laufen. Auf allen anderen Schiffen, besonders auf denen, die in der Hauptstadt überseeischer Kolonien ausfahren, werden die deutschen Seeleute abgelassen.

Auf diesen Schiffen werden auch deutsche Sachverständige fahren, deren Aufgabe es ist, die gute Handhabung der betreffenden Schiffe zu überwachen.

### Anbahnung und Geldentwertung.

Bei der Erörterung der deutschen Ernährungsverhältnisse wird häufig auf die unbekauten Vorkereien (Moore und Seiden) hingewiesen, deren Fläche allein in Preußen 665 000 Hektar beträgt. Die Urbarmachung dieser Landstrecken wird aber gegenwärtig und in der nächsten Zukunft sehr erschwert durch den gestiegenen Geldwert, der seinen Ausdruck auch in sehr hohen Arbeiterlöhnen findet, sowie durch die gewaltige Preissteigerung für Materialien und Werkzeuge. Diese Preissteigerungen betreffen namentlich alle Faktoren des landwirtschaftlichen Bodens mit 5000 Mark, während vor dem Kriege ein Hektar obland mit 600 bis 700 Mark Kosten zu kultivieren war. Nach der heutigen Kostenwürde würde also ein Hektar neu kultivierten Landes eine jährliche Vergütung bis zu 300 Mark erfordern. Dabei sind noch nicht die Kosten für die auf dem neu kultivierten Boden zu errichtenden Wohnhäuser und Wohngebäude berechnet. Bestimmt man, daß noch heute der Preis für ertragsreichen Marschboden, der gegenüber neu kultivierten Boden fast keine Aufwendung an Kunstböden bedarf, ungefähr 4000 Mark für den Hektar beträgt, so wird man sich darüber klar werden, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Kultivierung von obland nicht als wirtschaftlich Sache ist. Nach genaueren Berechnungen würde der Staat, wenn er etwa die Sache in die Hand nehmen und die Verbesserungen aufbringen sollte, 1 995 000 000 Mark aufwenden müssen. Daß die Aufbringung einer derartigen Summe in unserer gegenwärtigen finanziellen Lage unmöglich ist, wird allgemein einleuchtend.

### Kurze Notizen.

Die vertriebenen Deutsche über die Erziehung von Mädchen in der Französischen Straße in Berlin haben den Reichsparlamentarier veranlaßt, beim Reichswehrminister vorstellig zu werden, um eine sofortige Unterbindung der netznehmlichen Vorkommnisse zu veranlassen. Seitens des Reichswehrministers wurde die gewünschte Unterbindung angeordnet. Diese leistet ihm wie die F. V. K. ersuchen, auch bereits einmündig werden.

Der Bremer Wahlkreis. Nach den nunmehr vorliegenden endgültigen Resultaten stellt sich die demnächstige Volksvertretung (früher Bremer Bürgerklub) zusammen aus: Reichstagsabgeordnete 67, Unabhängige 50, Kommunisten 15, Demokraten 30, Landesabgeordnete 25, Christliche Volkspartei 5, Vertreter von Handel und Gewerbe 8, Angehörige der 2.

Die amerikanische Lebensmittelpolitik und Lebensmittel für die Mittelschichten werden nachfolgend angeführt.

Die deutsche Entente haben in einer Verammlung gegen die Auslieferung der deutschen Handelsflotte protestiert.

### Preussische Landesversammlung.

Berlin, 19. März. In der heutigen Sitzung der preussischen Landesversammlung wurde der Antrag Hofmann (Unabh.) auf Aufhebung des Belagerungszustandes in einfacher, der Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission, bestehend aus Mitgliedern der Landesversammlung und des Reichsparlamentes, in namentlicher Abstimmung mit 22 gegen 342 Stimmen abgelehnt. Stürmische Debatte erregte, daß Hofmann selbst, in das Stadium von Allen verteidigt, gegen seinen eigenen Antrag stimmte. Der Antrag der Reichstagsabgeordneten auf Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern, die gemäß Artikel 52 der alten Verfassung die Klagen und den Verzicht der Berliner Magistratskollegen stellen soll, wird einstimmig angenommen.

Siehe! Man hat ein deutlicherer Antrag zur Beipredung, den Abs. Dr. von Kieser begehrt.

Abs. Weisbach (Dem.) legt dem Reichstag vor, alle verurteilten, um die Verurteilung der Bolzen zurückzuführen Abgeordneten zu betreten. Dieser erfolgslos. Auch unter Ergehen bei der interpellierten Kommission war erfolglos. Wir werden natürlich unter Bemühungen fortsetzen.

Abs. Weisbach (Dem.) unterstützt den Antrag.

Die Verhandlungen mit den Deutschen Regierung, die Verhandlungen mit den Deutschen Regierung, wenn sie keine Antwort bekommt.

Abs. Weisbach (Dem.) legt dem Reichstag vor, alle verurteilten, um die Verurteilung der Bolzen zurückzuführen Abgeordneten zu betreten. Dieser erfolgslos. Auch unter Ergehen bei der interpellierten Kommission war erfolglos. Wir werden natürlich unter Bemühungen fortsetzen.

Abg. Weisbach (Str.) erklärt sich für den Antrag.

Die gegenwärtige Zeit ist ganz besonders mit Sprengstoff beladen und dadurch tritt das Nachfolgende, die wirtschaftlichen Fragen, weit in den Vordergrund des Interesses, und andere Fragen, die für die Existenzmöglichkeit eines Volkes durchaus nicht unwichtig sind, werden in den Hintergrund gedrängt.

Das Staatsrecht wird nunmehr nach den Beschläffen des Ausschusses angenommen, ebenso Paragraph 2.

Weiterberatung Donnerstag 3 Uhr (außer dem Dittmeyer, Jose und Anträge).

### Staat, Kirche und Schule.

Die gegenwärtige Zeit ist ganz besonders mit Sprengstoff beladen und dadurch tritt das Nachfolgende, die wirtschaftlichen Fragen, weit in den Vordergrund des Interesses, und andere Fragen, die für die Existenzmöglichkeit eines Volkes durchaus nicht unwichtig sind, werden in den Hintergrund gedrängt. Das Staatsrecht wird nunmehr nach den Beschläffen des Ausschusses angenommen, ebenso Paragraph 2. Weiterberatung Donnerstag 3 Uhr (außer dem Dittmeyer, Jose und Anträge).

Um die Anerkennung des ersten Satzes, d. h. um die Glaubens- und Gewissensfreiheit, sind blutige Kriege geführt. In viel gefährlicher und gefährlicher, ist das Glück unserer Familie vernichtet worden. Das Recht, das zu glauben, was er für richtig oder richtig hält, wurde ihm durch die Sozialdemokratie, die Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit, die Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiösen Zwecken. Die Kirchen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig erben.

Die Anerkennung des ersten Satzes, d. h. um die Glaubens- und Gewissensfreiheit, sind blutige Kriege geführt. In viel gefährlicher und gefährlicher, ist das Glück unserer Familie vernichtet worden. Das Recht, das zu glauben, was er für richtig oder richtig hält, wurde ihm durch die Sozialdemokratie, die Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit, die Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiösen Zwecken. Die Kirchen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig erben.

Die gegenwärtige Zeit ist ganz besonders mit Sprengstoff beladen und dadurch tritt das Nachfolgende, die wirtschaftlichen Fragen, weit in den Vordergrund des Interesses, und andere Fragen, die für die Existenzmöglichkeit eines Volkes durchaus nicht unwichtig sind, werden in den Hintergrund gedrängt. Das Staatsrecht wird nunmehr nach den Beschläffen des Ausschusses angenommen, ebenso Paragraph 2. Weiterberatung Donnerstag 3 Uhr (außer dem Dittmeyer, Jose und Anträge).

Die gegenwärtige Zeit ist ganz besonders mit Sprengstoff beladen und dadurch tritt das Nachfolgende, die wirtschaftlichen Fragen, weit in den Vordergrund des Interesses, und andere Fragen, die für die Existenzmöglichkeit eines Volkes durchaus nicht unwichtig sind, werden in den Hintergrund gedrängt. Das Staatsrecht wird nunmehr nach den Beschläffen des Ausschusses angenommen, ebenso Paragraph 2. Weiterberatung Donnerstag 3 Uhr (außer dem Dittmeyer, Jose und Anträge).

Die gegenwärtige Zeit ist ganz besonders mit Sprengstoff beladen und dadurch tritt das Nachfolgende, die wirtschaftlichen Fragen, weit in den Vordergrund des Interesses, und andere Fragen, die für die Existenzmöglichkeit eines Volkes durchaus nicht unwichtig sind, werden in den Hintergrund gedrängt. Das Staatsrecht wird nunmehr nach den Beschläffen des Ausschusses angenommen, ebenso Paragraph 2. Weiterberatung Donnerstag 3 Uhr (außer dem Dittmeyer, Jose und Anträge).

Die gegenwärtige Zeit ist ganz besonders mit Sprengstoff beladen und dadurch tritt das Nachfolgende, die wirtschaftlichen Fragen, weit in den Vordergrund des Interesses, und andere Fragen, die für die Existenzmöglichkeit eines Volkes durchaus nicht unwichtig sind, werden in den Hintergrund gedrängt. Das Staatsrecht wird nunmehr nach den Beschläffen des Ausschusses angenommen, ebenso Paragraph 2. Weiterberatung Donnerstag 3 Uhr (außer dem Dittmeyer, Jose und Anträge).

Die gegenwärtige Zeit ist ganz besonders mit Sprengstoff beladen und dadurch tritt das Nachfolgende, die wirtschaftlichen Fragen, weit in den Vordergrund des Interesses, und andere Fragen, die für die Existenzmöglichkeit eines Volkes durchaus nicht unwichtig sind, werden in den Hintergrund gedrängt. Das Staatsrecht wird nunmehr nach den Beschläffen des Ausschusses angenommen, ebenso Paragraph 2. Weiterberatung Donnerstag 3 Uhr (außer dem Dittmeyer, Jose und Anträge).





nicht demokratischen Grundrissen entspricht, findet die Kammer auf unsern Einwand hin statt.

Schlechte. Am Montag fand zum ersten Male das neu-errichtete, aus 16 Urabstimmungen und 8 Bürgerlichen. Da schon vorher eine Verhinderung zwischen den Parteien stattgefunden hatte, erfolgte die Bureauwahl nicht durch Stimmzettel, sondern durch Handheben. Die Stabsratsvorsitzenden wurde gewählt Herr Schulz (U. S.), als Stellvertreter Herr Eißing (Bürgerl.), als Schriftführer Herr Straube (U. S.), als Stellvertreter Herr Müller (Bürgerl.). Sämtliche Rollen erfolgten einstimmig. Herr Schulz wies auf die vielen und großen Aufgaben hin, die zu erledigen seien, wenn die tätige Mitarbeit aller erforderlich wäre. Seine Vorträge wurden durch die Minderheit durch Nichtberücksichtigung bei den Kommissionsarbeiten von der positiven Mitarbeit ausgeschlossen. In diesem Sinne vollzog sich auch die Wahl der zahlreichen Kommissionen, Deputationen usw. Auf Antrag des Herrn G. Müller (U. S.) wurde die Wahl der Schuldeputation bis zur nächsten Sitzung vertagt, da es seiner Funktion bei der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen sei, die zu dieser äußerst wichtigen Funktion veranlagten Leute zu bestimmen. Neuwahl wurde eine Erziehungskommission, deren Aufgabe es ist, nach Möglichkeit Lebensmittel zu beschaffen, sowie die Verteilung und Beschaffung der Lebensmittel zu kontrollieren.

Sonntag, 17. März. Die geistigen Arbeiterzatsarbeiten in Hannover-Linden hatten folgendes Ergebnis: Reichstagsabgeordnete 75 Sitze, U. S. 11 Sitze, Demokraten 15 Sitze, Christliche Gemeindefreien 19 Sitze, Weissen 5 Sitze, Vereinigte Bürgerliche 6 Sitze.

### Soziales.

Erwerbslosenunterstützung bei Wohnungsänderungen während des Krieges. Nach Ausführungsbestimmungen des preussischen Ministeriums des Innern ist die Unterhaltspflicht der derzeitigen Wohn- oder Aufenthaltsorte gegenüber Erwerbslosen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Ort gezogen sind, sowie für Kriegsteilnehmer, die vor ihrer Einweisung zum Heere an einem anderen Ort gewohnt haben, auf 4 Wochen beschränkt. Die Unterhaltung ist nachzubehalten zu leisten. Ein Erlassenspruch an die Gemeinde des früheren Wohnorts kann aber nur bei Unterstützung von Kriegsteilnehmern geltend gemacht werden.

### Sekte Nachrichten.

#### Zum Abbruch der Pöner Verhandlungen.

Zum Abbruch der Verhandlungen in Polen äußert die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: Wenn es auch der Interaktion der Kommission, der französische Vorkämpfer Poincaré, war, der der Abbruch aussprach, so kommt das auch darin zum Ausdruck, daß der eigentliche Grund in der Weigerung der deutschen Weissenkommission und der D. B. B. die Verwirklichung der Forderungen zu finden ist, über die Grenze der mit deutscher Ehre zu vereinbarenden Zugeständnisse hinauszuweisen.

#### Die Einfügung der Betriebsräte in die Verfassung.

Die Reichsregierung hat sich eingehend mit der gesetzlichen Festlegung der Befugnisse der Betriebsräte und der Art, wie die Arbeiter in die Verfassung eingefügt werden sollen, befaßt. Die Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß das Ergebnis schon in aller nächster Zeit dem Verfassungsausschuß gegeben wird.

#### Die Bezahlung der Lebensmitteleinfuhr.

Von den Lebensmitteln, die auf Grund des Brüsseler Abkommens nach Deutschland eingeführt werden, erfordert allein die garantierte erste Sendung eine Ausgabe von ungefähr einer halben Milliarde Mark. Davon werden 100 Millionen in Gold bezahlt und 25 Millionen Mark in Devisen. Für die restlichen Verpflichtungen wird ein Golddepot von 11 Millionen Pfund in Brüssel errichtet. Gegen die Möglichkeit, daß dieses Depot für irgendwelche anderen Ansprüche in Anspruch genommen werden sollte, haben sich die deutschen Unterhändler ausreichend gesichert.

Zum Verkaufsbericht am 22. März werden die Inhaber folgender Nummern eingeladen: U. S. 11 Stk. 1701-1700, 9. 7801-7900

### Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Fleisch- und Wurstwaren und Hochdruckmarkt (Sondermarkt) in der Laftmühlstraße, am Freitag, den 21. März 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelkarte 31 001-31 500 vormittags von 8-12 Uhr und die Inhaber der Nummern 34 501 bis 38 000 nachmittags von 2-6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann 34 Pfund Hochdruckmarkt zum Braten von 2 Stk. für 4 Pfund abgegeben werden. An Stelle von Hochdruckmarkt können Haushalte mit 1-2 Personen eine C. H. A. B. W. oder Leber-Rohwurst zum Braten von 2 Stk., Haushalte mit drei bis vier Personen eine Dose Fleisch- oder Wurstwaren, Haushalte mit 5-8 Personen zwei Dosen Fleisch- oder Wurstwaren und Haushalte über 8 Personen drei Dosen Fleisch- oder Wurstwaren zum Braten von 6 Stk. für die Einzelperson entnehmen. Diejenigen Haushalte, welche bei Sonderbelegungen (Brot, Wurst usw.) schon berücksichtigt sind, haben bei dieser Verteilung keinen Anspruch auf Beilegung. — Der Lebensmittelkarte ist vorzulegen.

Städtischer Verkauf von Fettsäuren in der Laftmühlstraße, am Freitag, den 21. März 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelkarte mit den Nummern 16 000 bis zurück 18 501 vormittags von 8-12 Uhr und die Inhaber der Nummern 18 500 bis zurück 12 001 nachmittags von 2-6 Uhr für die Person eines Haushaltes können ca. 110 Gramm zum Braten von 20 Stk. abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt für Schweinefleisch 80 Pf. für das Pfund und für Kartoffelgraben 130 Pf. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Schweinefleisch- oder Kartoffelgraben einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Fettsäuren in die Kundenkarte eingetragen sind. Die Karte geht bei Unterbrechung der Karte 257 des Bundesbeschlusses 20 zu erlangen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Karten zu Sondernummer gebührend im Stadterzeugungsamt, Markt platz 22, 1. Obergesch. (Eck links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Rechtes einzureichen. Zweiterhandlungen unterliegen der Befragung nach § 17 der Verordnung vom 28. Sept. 14. Nov. 1918.

Schweinefleisch und Kartoffelgraben. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept. 4. Nov. 1918 wird der Verkauf von Schweinefleisch und Kartoffelgraben wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Freitag, den 21. März 1919. Für jede Person eines Haushaltes können ca. 110 Gramm Schweinefleisch oder Kartoffelgraben nach Auswahl abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt für Schweinefleisch 80 Pf. für das Pfund und für Kartoffelgraben 130 Pf. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Schweinefleisch- oder Kartoffelgraben einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Fettsäuren in die Kundenkarte eingetragen sind. Die Karte geht bei Unterbrechung der Karte 257 des Bundesbeschlusses 20 zu erlangen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Karten zu Sondernummer gebührend im Stadterzeugungsamt, Markt platz 22, 1. Obergesch. (Eck links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Rechtes einzureichen. Zweiterhandlungen unterliegen der Befragung nach § 17 der Verordnung vom 28. Sept. 14. Nov. 1918.

Schweinefleisch und Kartoffelgraben. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept. 4. Nov. 1918 wird der Verkauf von Schweinefleisch und Kartoffelgraben wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Freitag, den 21. März 1919. Für jede Person eines Haushaltes können ca. 110 Gramm Schweinefleisch oder Kartoffelgraben nach Auswahl abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt für Schweinefleisch 80 Pf. für das Pfund und für Kartoffelgraben 130 Pf. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Schweinefleisch- oder Kartoffelgraben einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Fettsäuren in die Kundenkarte eingetragen sind. Die Karte geht bei Unterbrechung der Karte 257 des Bundesbeschlusses 20 zu erlangen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Karten zu Sondernummer gebührend im Stadterzeugungsamt, Markt platz 22, 1. Obergesch. (Eck links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Rechtes einzureichen. Zweiterhandlungen unterliegen der Befragung nach § 17 der Verordnung vom 28. Sept. 14. Nov. 1918.

Schweinefleisch und Kartoffelgraben. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept. 4. Nov. 1918 wird der Verkauf von Schweinefleisch und Kartoffelgraben wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Freitag, den 21. März 1919. Für jede Person eines Haushaltes können ca. 110 Gramm Schweinefleisch oder Kartoffelgraben nach Auswahl abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt für Schweinefleisch 80 Pf. für das Pfund und für Kartoffelgraben 130 Pf. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Schweinefleisch- oder Kartoffelgraben einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Fettsäuren in die Kundenkarte eingetragen sind. Die Karte geht bei Unterbrechung der Karte 257 des Bundesbeschlusses 20 zu erlangen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Karten zu Sondernummer gebührend im Stadterzeugungsamt, Markt platz 22, 1. Obergesch. (Eck links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Rechtes einzureichen. Zweiterhandlungen unterliegen der Befragung nach § 17 der Verordnung vom 28. Sept. 14. Nov. 1918.

Halle, den 20. März 1919. Der Magistrat.

**Walhalla-Operetten-Theater.**  
Die Faschingstee.  
Sonntag 1/4 u. letzten Mal  
**Frau Holle**  
Kl. Pr. Kinder halbe Pr.  
Kasse 10-1/2 u. 4-6

**Stadt-Theater**  
Freitag, den 21. März 1919  
Anfang 6, Ende 8, Uhr:  
**Der Wissenswurm**  
Bauernkomödie  
von Franz Gruber.  
Sonabend: Lohengrin.  
Anfang 5, Uhr 2533

**Gebrauchte Säcke**  
Kauf! Verkauf! 2339  
2. Hirschplatz 2.

**Chalin-Theater**  
Schauspiel  
des Stadttheaters Weissenfels.  
Sonntag, den 23. März 1919  
abends 6 1/2 Uhr:  
**Heimat**  
Schauspiel von Gubermann.

**Neue Senta-Schreibmaschinen,  
neue Kappel-Schreibmaschinen,  
Rechenmaschine Lipsia,  
Büromöbel,  
Kohlepapier und Farbbänder**  
stets auf Lager 2473  
**Werner Löwenstein & Sohn,**  
Magdeburgerstrasse 63. Telefon 6776.

**Die Vorzüge  
unserer Schul-Tornister**  
so de, haltbare Qualität und billiger Preis,  
sichern uns dauernden Erfolg. Alljährlich  
steigt der Umsatz, weil sich haltbare Ware  
selbst am besten empfiehlt. Schul-Tornister  
für Knaben und Mädchen, aus echtem Rind-  
leder mit starken Riemen, sehr billig.  
**C. F. Ritter,** Halle a. d. S.,  
Leipzigerstr. 90.

Am Dienstag, den 25. März  
eröffne ich im Restaurant „Augustiner-  
Bräu“, Mittelstrasse, für junge Damen,  
Frauen und Mädchen einen vorläufig aber  
letzten gründlich bildenden 18 stündigen  
theoretischen und praktischen  
**Tafeldeck- u. Servierkursus.**  
Der Unterricht wird mit den dazu ge-  
hörigen Tafelgerätschaften erteilt u. umfasst:  
das moderne Tafeldecken, Serviettenbrechen,  
Speisenfolge bei Tisch und Anstandsregeln.  
Tagekursus 12 Mark. Abendkursus 10 Mark.  
Geil. Anmeldungen werden im Restaurant  
„Augustiner-Bräu“ woselbst Reizen-  
zen und Teilnahmeblätter ausliegen,  
höflichst erbeten. 2535  
**Bertha Linke.**

**Sozialdemokr. Verein Weissenfels**  
Alte Partei.  
Heute abend 7 Uhr Versammlung  
im Klosterbräu, Marienstrasse.  
Tages-Ordnung:  
1. Der Generalstreik seine Ursachen und Wirkungen.  
2. Arbeiterratswahl.  
3. Parteianglegenheiten.  
Die Mitglieder werden dringend gebeten, recht zahlreich zu er-  
scheinen.  
Der Vorstand.

**Konsum-Verein  
für Weissenfels-Hamburg u. Umgegend,  
e. G. m. b. H.**  
Am Sonnabend, d. 29. März 1919, abds.  
7 Uhr, findet in Weissenfels im „Volkshaus“  
Halbjahrs-Generalarbversammlung  
statt, an der mit alle unsere Mitglieder hierdurch  
verpflichtet zu recht zahlreicher Teilnahme ermahnt.  
Tagesordnung:  
1. Bericht über den Verlauf und das Ergebnis  
des ersten Halbjahrs und zwar für die Zeit  
vom 1. August 1918 bis 31. Januar 1919.  
2. Berichte der einzelnen... 2530  
3. Anträge der Mitglieder.  
Der Eintritt wird nur gegen Vorlegung der  
Legitimationskarte gestattet.  
Der Vorsitzende des Aufsichtsrates  
H. Bornhut.

**Verlangen  
sie  
Das gute  
Scheffel-  
Brot**  
Überall zu haben.

**Zibilmäntel**  
(meist aus reinem feinst. Stoff,  
werden gegen auf erhöhte Tem-  
peraturminderungen geeignet.) 2510  
1. Landesjäger-Komp.  
französische Entwürfe.  
**Steckwiedeln**  
3 1/2 Zoll große  
Spreibellmänn  
Sittener gelbe Stoffe  
auch zu kaufen  
**Max Krug,**  
Garnhandlung  
Tafelstraße 3  
(im Bahnhofsgebäude)  
2531

**Sämereien  
für  
Mittelbeete, Gärten und  
Felder.**  
Erstklassige Samenhandlung  
**Wilhelm Greil,**  
Salle 6, Marktblock 13.  
**Futterrüben**  
in Gabungen, Fahren u. einzelnen  
Zentnern hat abzugeben 2534  
Kant. Oese, Abw. 71.



**Möbel!**  
Sollt geordneter und preiswerte  
Herren-, Speise- und  
Schlafzimmer,  
Wohnzimmer und  
Küchen  
sowie auch einzelne Stücke  
empfehle 2470  
**H. Bergmann,** Inh. d. Holz-  
möbelfabrik und Holzgarn-  
fabrik, Reichstr. 30/31  
Halle a. S., Fernsprecher 2382

**1000 Parallel-  
schraubstöcke**  
in allen Größen eingetoffen  
**Ernst Karus,**  
Inh. Theodor Schoof  
Germarstr. 2. Tel. 1281.

**Mehrerer tüchtige Schneider  
für Großstücke**  
sollt sofort ein 2537  
**Albert Drechsler Nachf.**

**Blechschmiede-, Schlosser-  
u. Kesselschmiede-Lehrlinge**  
stellen unter günstigen Bedingungen ab  
**Block & Buschmann,**  
Aussere Deiltscherstrasse. 2538  
Ordnentliche  
**Zeitungsträgerinnen**  
bei höchstem Lohn  
geholt.  
Verlag der „Volkstimme“  
Salle 11, Marktblock 13.

**Zoo.**  
Sonntags abends 6 1/2 Uhr:  
Großes  
Extra-Militär-Konzert  
von der  
Kapelle d. Militär-Musik.  
Nr. 36. 2536

**Apollo-Theater**  
Anfang 7, Ende 9, 15  
„Die schöne Kubanerin“  
Operette in 3 Akten  
von Max Galka.  
Spitzenbesetzung. 2/11 Uhr  
bei kleinen Preisen:  
„Polnische  
Wirtschaft.“  
Vorher: 9 u. 11 u. 4.

**Schreibmaschinen-  
Reparaturen.**  
Reparaturen an Schreibmaschinen  
sämtlicher Systeme 2474  
werden sofort unter Garantie in eigener Werkstatt ausgeführt.  
**Werner Löwenstein & Sohn,**  
Magdeburgerstr. 63. Tel. 6776.

**Beim Wachtregiment Halle a. S.**  
**3. Abt. Kaserne II, Rossplatz**  
können sich nach sofortigen Eintritt melden zu den  
beim Wachtregiment Halle a. S. üblichen Bedingungen:  
**Fahrer,**  
**1 Feinmechaniker oder Büchsenmacher  
für Waffenmeister.**  
Sofortige Meldungen im Geschäftszimmer der 3. Abteil-  
ung, Kaserne II, Rossplatz. 2537

**Stellen finden.**  
**Gewandte Leute**  
zum Fensterputzen finden sofort Arbeit  
**Vereinigte Glasermeister zu Halle a. S.,**  
E. G. m. b. H., Harz 23. 2529

**Mehrerer tüchtige Schneider  
für Großstücke**  
sollt sofort ein 2537  
**Albert Drechsler Nachf.**  
**Blechschmiede-, Schlosser-  
u. Kesselschmiede-Lehrlinge**  
stellen unter günstigen Bedingungen ab  
**Block & Buschmann,**  
Aussere Deiltscherstrasse. 2538  
Ordnentliche  
**Zeitungsträgerinnen**  
bei höchstem Lohn  
geholt.  
Verlag der „Volkstimme“  
Salle 11, Marktblock 13.